

an bestehende Interessenkonflikt in einer Weise verfestigt, die schließlich die WTO an den Rand der Funktions- und damit der Bedeutungslosigkeit gebracht hat. Weder die Industrieländer, die im Kern nicht zu substantiellen Zugeständnissen beim Abbau von Hemmnissen des Marktzugangs in sensiblen Bereichen insbesondere bei Subventionen im Agrarsektor bereit sind, noch die Entwicklungsländer, die sich gegen die Zumutungen weiterer Marktöffnung für multinationale Konzerne vor allem bei Dienstleistungen wehren und auf dem Schutz einheimischer Produzent\*innen können auf dem Recht zu einer Wirtschaftsstrategie im nationalen Interesse bestehen, können entscheidende Positionsgewinne erreichen. Die WTO ist sowohl als globale Liberalisierungs- wie auch als Entwicklungsagentur gescheitert.

Diesen sich über nun mehr 25 Jahre hinziehenden qualvollen Prozess hat Martin Khor mit seinen Artikeln kenntnisreich, engagiert, kritisch, aber auch parteiisch für die Interessen der Länder des Globalen Südens begleitet und dabei ein Vielzahl von Protagonist\*innen eine Stimme verliehen (nicht zuletzt dadurch, dass er sie umfangreich in Zitaten selbst zu Wort kommen lässt).

Verantwortlich für die gegenwärtige tiefe Krise des Welthandelssystems und damit auch der WTO ist aus seiner Sicht vor allem die destruktive Rolle diverser US-Administrationen nicht erst seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump. Jetzt aber haben die USA einen Handelskrieg mit China von Zaun gebrochen sowie zudem den Streitschlichtungsmechanismus der WTO absichtsvoll lahmgelegt und die Organisation damit entscheidend geschwächt. Schließlich versuchen die USA (zusammen mit der EU und Japan), unter dem Deckmantel einer „WTO-Reform“ China, Indien und anderen Schwellenländern ihren Status als Entwicklungsländer abspenstig zu machen. „Das alles macht die Zukunft der WTO unsicherer denn je...“ (11) – das sind die nüchternen, geradezu visionslosen letzten Worte Martin Khors, des scharfsinnigen Analytikers und großen Kämpfers für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Arndt Hopfmann

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.11>

Heiner Flassbeck: *Der begrenzte Planet und die unbegrenzte Wirtschaft. Lassen sich Ökonomie und Ökologie versöhnen?*  
Frankfurt/M.: Westend Verlag 2020, 173 Seiten

„Machen wir uns nichts vor.“ – Dieser Satz wird im neuen Buch von Heiner Flassbeck gefühlt, so oder so ähnlich, mehr als ein dutzend Mal wiederholt. Er ist das Credo seiner Befassung mit der naturwissenschaftlichen Binsenweisheit, dass der Planet Erde endlich und unendliches Wachstum des Ressourcenverbrauchs auf ihm daher nicht möglich ist. Denn, sich nichts vorzumachen, ist die Voraussetzung für eine Wirtschaftspolitik, die wiederum Vorbedingung einer erfolgreichen Klima- und Umweltpolitik ist – „alles, was nach der Erkenntnis kommt, dass es so nicht weiter gehen kann, ist dem Bereich Wirtschaft zuzuordnen.“ (12)

Wenn schon die Neoklassik als heute vorherrschende ökonomische Lehre wegen der ihr eigenen ahistorischen Weltfremdheit mit den globalen Herausforderungen

unserer Zeit nichts anzufangen weiß, muss die Frage erlaubt sein, was *der* dezidierte Nicht-Neoklassiker unter den heutigen deutschen Ökonomen zur Zukunft ermöglichenden Versöhnung von Ökonomie und Ökologie zu sagen hat. Auch hier gilt, wie sich rasch zeigt, der Grundsatz: „Machen wir uns nichts vor.“

Machen wir uns – zum ersten – nichts vor; die von Flassbeck verheißene Behandlung der Thematik vom begrenzten Planeten und unbegrenzter Wirtschaft wird überraschend schnell geschrumpft. Weil nämlich „ein nicht steigendes beziehungsweise sinkendes BIP (Bruttoinlandsprodukt – a.h.) dazu führt, dass die ohnehin schon Benachteiligten und die Arbeitslosen ohne wirtschaftliches Wachstum keine realistischen Chance haben, ein auch im ökologischen Sinne vernünftiges Leben zu führen“ (37), wird die weitere Debatte auf die „Entknüpfung von fossilem Energieverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung“ (36) verengt. Damit ist die Endlichkeit des konsumtiven Ressourcenverbrauchs aus dem Fortgang der Überlegungen weitestgehend eliminiert und das offenbar unverzichtbare (Wachstums)Ziel, „Wirtschaftsdynamik in Gang zu setzen“ (13 et passim) gerettet.

Machen wir uns – zum zweiten – nichts vor; mit der Konzentration auf die Klimafrage bzw. die Energiewende fasst Flassbeck ein eminent heißes Eisen an, dass nicht erst seit den freitäglichen Zukunftsdemonstrationen zunehmend auch die Politik beschäftigt. Die Politik allerdings verzettelt sich in Unübersichtlichkeit und Aktionismus, in „...ein ungeheures Sammelsurium von Bereichen, die gemixt werden mit einem Sammelsurium von möglichen politischen Eingriffen, die wiederum gemischt werden mit einem Sammelsurium von Zeiträumen... Der Effekt auf die globalen Emissionen von CO<sub>2</sub>, das kann man heute schon exakt vorhersagen, wird gleich null sein.“ (24/5) Nachdem der Autor mit allerlei „Spinnerei“ (25), Politikern als Lobbyisten (71) und „Nebelwerfer-Politik“ (123) aufgeräumt hat, kommt er auf die globale marktwirtschaftliche Problemlösung zu sprechen: „Der Preis für fossile Energieträger muss von nun an in realer Rechnung... dauernd steigen“..., damit „... auf Dauer die fossilen Rohstoffe in der Erde bleiben“ (26).

Machen wir uns deshalb – zum dritten – nichts vor; ohne eine Weltregierung oder eine Weltübereinkunft zu massiven (staatlichen) Eingriffen in die Wirtschaft geht es nicht, weil alles, was produziert bzw. aus der Erde geholt wird, auch abgesetzt und konsumiert (oder vernichtet) wird. Das wissen wir von den mittlerweile permanenten Schlussverkäufen und Rabattaktionen wie auch den Nachrichten über die Vernichtung von Rücksendungen an Amazon & Co. zur Genüge. Es geht also um die Verhinderung der Produktion bzw. der Förderung unerwünschter Güter – und das im globalen Maßstab. Denn „... jede Anstrengung (macht) nur dann Sinn, wenn es eine globale Anstrengung ist. Eine globale Anstrengung aber gibt es nur, wenn es auch eine globale Preissteuerung gibt.“ (91/2)

Machen wir uns ferner – zum vierten – nichts vor; wenn es auf Märkten um Mengenbegrenzungen geht, führt kein Weg am Preis vorbei – da hat Flassbeck zweifellos Recht. Und wenn alles Klima- und Umweltschädliche teurer werden muss, kann die soziale Stabilität nur gesichert werden, wenn die Ärmsten Kompensationen erhalten. Mit dem Rekurs auf Preissteuerung wird aber auch klar, warum es den jetzt bereits Reichen auf eine schier unendliche Vermögensvermehrung ankommt – weil

in preisgesteuerten Marktwirtschaften der/die, der/die Geld hat, sich sein „altes Leben“ am längsten leisten kann! Wenn aber Mehrheiten für dieses Projekt gewonnen werden sollen – dann, so Flassbeck: „Was nicht im Rahmen demokratischer Prozesse erreichbar ist, ist es nicht wert, erreicht zu werden“ (163) – braucht es soziale Kompensationsmechanismen; allerdings auch hier nicht nur national, sondern global.

Deshalb dürfen wir uns – zum fünften – nichts vormachen, dass unter Umständen, unter denen weltwirtschaftlich gesehen – wo sich bekanntlich das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise zur Totalität entfaltet (Marx) – 80 Prozent aller Volkswirtschaften einseitig auf Rohstoff- bzw. Nahrungsmittel- bzw. Energieträgerexporte angewiesen sind, eine globale Vereinbarung die fossilen und andere unerwünschte Rohstoffe in der Erde zu lassen, nur dann erreicht werden kann, wenn die Konsumenten nicht nur ihre Nachfrage auf null reduzieren, sondern auch noch bereit sind, Kompensationen für entgangene Exporteinnahmen zu leisten. Die Entwicklungskluft müsste daher geschlossen werden, indem der Produktions- und Exportverzicht bis zur Gleichstellung der Lebensqualität entgolten wird – „...nur eine erfolgreiche allgemeine Wirtschaftspolitik, eine Politik, die den Lebensstandard der Bürger deutlich erhöht, (schafft) die Voraussetzungen dafür... , dass sich die Menschen und die Politiker in den Entwicklungsländern unseren Maßstäben annähern und bereit sind, einen Teil der verfügbaren Güter wieder aufzugeben, wenn es zur Rettung des Planeten notwendig ist.“ (100)

Um mit dieser systemischen Herausforderung umzugehen, helfen jedoch die Flassbecksche Forderung nach einer „konsequenten Vollbeschäftigungspolitik“ (161) und seine Auflistung von Gegnern einer Politikwende – von der (neoliberalen) Wirtschaftspolitik bis zu den heute erfolgreichen Unternehmen – sowie die Beschwörung, man solle doch besser nicht „die Klimafrage mit Systemüberwindung“ vermischen (163), nur bedingt weiter. Es geht um fundamentale Einsichten in die Funktionsweise des Systems selbst.

Lassen wir uns also – zum letzten – nichts vormachen: Was Flassbeck durchweg, nicht nur bei seiner eigentümlich verklärenden Beschreibung des Funktionierens von Marktwirtschaft (82/3), vergisst, was aber geeignet ist, seinen Glauben an eine Lösung des globalen Umwelt- und Klimaproblems trotz Kapitalismus und Marktwirtschaft gegenstandslos zu machen, ist die im Kapitalismus national wie international allgegenwärtige Gier nach Profit, die sich mittels unerbittlicher Konkurrenz durchsetzt. Gerade die Konkurrenz ist es, die als ökonomischer Zwang die kapitalistische Produktion antreibt. Im Kapitalismus ist Konkurrenz kein harmloser Schönheitswettbewerb, sondern ein Kampf auf Leben und Tod. Die sogenannte internationale Staatengemeinschaft ist eine Gemeinschaft von erbitterten Konkurrenten. Es ist die Konkurrenz, die nicht nur Arbeiter untereinander beim Wettbewerb um (gute wie schlechte) Jobs gegeneinanderstellt sowie auch Unternehmer, trotz möglicherweise vorhandener persönlicher alternativer Einsichten und Einstellungen, zwingt, möglichst effizient – mit niedrigen Löhnen und billigen Energiequellen – zu produzieren; sie ist vor allem auch globaler Kampf um Entwicklungschancen. Sie spielt Staaten gegeneinander aus – je einseitiger ihre Wirtschaft strukturiert ist, umso mehr. Was im Buch wieder und wieder als „Markträumung“ um jeden Preis apostrophiert wird,

beruht schlicht auf dem Zwang zum Wahrnehmen von sich bietenden Freiräumen, die eigene Lage – gegen alle möglichen ökologischen Einsichten – zu verbessern, wenn andere die Gelegenheit dazu bieten. Mit anderen Worten; die Plünderung von Ressourcen und die Zerstörung sozialer und ökologischer Lebensgrundlagen ist kein vermeidbares Nebenprodukt des Kapitalismus, sondern entspricht seinem Wesen.

Erst die Beseitigung der (Weltmarkt)Konkurrenz als Funktionslogik und Bewegungsweise des Systems schafft die Voraussetzungen für kalkulierbare, verlässliche Strategien einer globalen Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Ob aber Kapitalismus ohne Konkurrenz noch Kapitalismus oder lediglich Wirtschaft (auch) mit Marktbeziehungen ist, ist zwar eine interessante, aber eher zweitrangige Frage. Folglich ist es unerheblich, ob Flassbeck in diesem Punkt recht behält – Hauptsache der dringend notwendige Systemwandel gelingt.

Arndt Hopfmann

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.12>

Vincent Bevins: *The Jakarta Method. Washington's Anticommunist Crusade and the Mass Murder Program that Shaped Our World*. New York, US-NY: Public Affairs 2020, 320 Seiten

Wenn eine Verschwörungstheorie wahr ist, dann wird sie zum Tatsachenbericht über eine Verschwörung. Der Journalist Vincent Bevins liefert einen solchen im vorliegenden, bemerkenswerten Buch.

Bevins hat lange Zeit als Korrespondent in Brasilien gearbeitet und stieß durch Zufälle auf die Geschichte des Sturzes von Sukarno, dem ersten Präsidenten Indonesiens nach der Unabhängigkeit (1945-1967). Der Coup, mit dem Sukarnos Sturz eingeleitet wurde, ist eine sagenumwobene Episode der indonesischen Geschichte, die bis heute nicht komplett aufgeklärt ist. Um ihn zu legitimieren wurden abstruse Erzählungen erfunden, wie etwa die Gefahr kommunistischer Hexen, die Genitalien von Regimegegnern verstümmeln – ein Mythos, der indonesischen Kindern und Jugendlichen bis heute cineastisch dargeboten wird. Der Plot und seine Legitimierung sind so fantastisch und unglaublich, dass sie aus Hollywood stammen könnten. Und Bevins zeigt in seinem Buch, dass dem in der Tat so ist. Seine Recherchen zur massenhaften Ermordung tatsächlicher oder vermeintlicher Kommunist\*innen, chinesische Indonesier\*innen und anderer Menschen, der darauffolgenden Einsetzung einer kapitalistischen Militärregierung (General Suharto 1967-1998) und deren Unterstützung durch die USA und die Weltwirtschaftsinstitutionen, erinnerten ihn zu sehr an jene bekannten Fälle in Lateinamerika, um den Fall nicht näher zu untersuchen. Das Resultat ist mehr als ein Tatsachenbericht über Indonesiens Geschichte: Es zeigt, dass der Ablauf und der zugrundeliegende Plan der „Jakarta-Methode“ die Blaupause für die folgenden antikommunistischen Umstürze lieferte – unter anderem den weitaus besser bekannten Coup gegen Salvador Allende 1973. Das Buch changiert demnach zwischen Rekonstruktion indonesischer Geschichte, transnationalem Vergleich und einer Globalgeschichte des US-amerikanischen Anti-Kommunismus, der sich im Nachklang an den indonesischen Geschehnissen orientierte.